

B wie billig, B wie Braunkohle

Zerstörte Landschaft, ausradierte Dörfer, miese Energie- und Klimabilanz: Braunkohle birgt viele Nachteile. Trotzdem erlebt sie ausgerechnet in Zeiten der Energiewende eine Renaissance. Die Politik könnte gegensteuern - wenn sie sich denn einig wäre.

Von Michael Bauchmüller, SZ, 1. Juli 2014

Am Anfang war ein Brunnen in Neurath, gut 150 Jahre ist das her. Beim Graben des Brunnens stießen die Neurather auf Braunkohle. Aus der Braunkohle wurden anfangs Briketts, später verbrannte sie in Kraftwerken zu Strom. Heute steht hier das modernste Braunkohlekraftwerk der Welt. Der Tagebau Garzweiler ist nur ein paar Kilometer entfernt und das benachbarte Grevenbroich nennt sich stolz "Bundeshauptstadt der Energie". Wenn das mal nicht von gestern ist.

Nirgendwo in Deutschland lässt sich Fluch und Segen der Braunkohle so bestaunen wie hier, im Rheinischen Braunkohlerevier. Im Dreieck zwischen Mönchengladbach, Köln und Aachen fressen sich die Schaufelradbagger durch die Landschaft, und wer eine der riesenhaften Abraumhalden erklimmen hat, sieht in der Ferne Kraftwerke aufgereiht wie an einer Perlenschnur - Wolkenmaschinen der Moderne. Rund ein Siebtel des deutschen Stroms kommt von hier, allein im Rheinland hängen mehr als 10 000 Jobs an der Braunkohle. Keinen anderen Energierohstoff gibt es hierzulande so reichlich wie diesen. Und kaum ein anderer Energierohstoff macht so viele Probleme wie dieser. Das aber nicht nur wegen der vielen Dörfer, die Braunkohle-Tagebaue hierzulande schon gefordert haben.

Wärme, die keiner abnimmt

Es ist die miese Klimabilanz, die Deutschlands Rohstoff Nummer eins am stärksten belastet. Denn Braunkohle enthält viel Wasser, aber wenig Energie. Erzeugt man durch sie Strom, stößt sie dreimal so viel Kohlendioxid aus wie Erdgas und noch immer etwa 50 Prozent mehr als Steinkohle. Weil sie so wenig Energie enthält, lohnt sich auch der Transport über weite Strecken nicht. Stattdessen stehen die Kraftwerke stets in der Nähe der Tagebaue, sei es in Neurath oder Frimmersdorf bei Grevenbroich oder aber in Schwarze Pumpe, irgendwo zwischen Cottbus und Dresden. Abnehmer für die Wärme gibt es hier kaum, folglich müssen die Kraftwerke - anders als dezentrale Gasanlagen - einen Großteil ihrer Energie nutzlos in den Himmel ablassen. Entsprechend wenig Energie wird letztendlich genutzt. In den neuesten Kesseln des RWE-Kraftwerks Neurath sind es 43 Prozent. Anders gesagt: 57 Prozent gehen flöten.

Dem Energiewende-Land Deutschland steht das gar nicht gut. Eigentlich sollte der Ausbau erneuerbarer Energien auch dabei helfen, die deutsche Treibhausgas-Bilanz weiter zu verbessern. Stattdessen stagniert sie, und die Erzeugung von Braunkohlestrom nimmt sogar noch zu - auch wegen neuer Kraftwerke wie in Neurath, die aus der Braunkohle mehr herausholen. 162 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugten Braunkohlemeiler im vorigen Jahr - mehr als jeder andere Energieträger und so viel wie seit 1990 nicht mehr. Derweil genehmigt die Landesregierung in Brandenburg dem Vattenfall-Konzern sogar einen neuen Tagebau. Energiewende? Welche Energiewende?

Dahinter stehen simple Marktmechanismen. Strom aus Braunkohle lässt sich nach wie vor billig gewinnen, billiger als aus Steinkohle, viel billiger als aus Gas. Dieses Ungleichgewicht sollte ursprünglich der Handel mit Emissionszertifikaten in der EU aufheben. Die Stromerzeuger sollten zusätzlich dafür zahlen, dass sie die Atmosphäre mit weiteren Treibhausgasen belasten. Die Logik dahinter war bestechend: Wenn man die Gesamtmenge an erlaubtem Kohlendioxid deckelt, gleichzeitig aber einen Handel mit Emissionszertifikaten erlaubt, dann stellt sich automatisch ein Preis für CO₂ ein. Je knapper die Menge, desto höher der Preis. Das hätte Braunkohle viel härter getroffen als Steinkohle und Gas. Dem Klima hätte es genutzt.



Erst kürzlich hat Brandenburg entschieden, dass Vattenfall den Tagebau in Welzow-Süd weiter ausbauen kann. (Foto: dpa)

Doch statt Knappheit herrscht seit geraumer Zeit ein Überfluss an Zertifikaten. Einerseits, weil der Deckel von Anfang an zu hoch angesetzt war, andererseits, weil die EU jede Menge Schlupflöcher zuließ. So wurde der Markt zusätzlich mit Zertifikaten aus dem Ausland geflutet. Die Folge: Der Preis dümpelt um die fünf Euro je Tonne Kohlendioxid. Um tatsächlich etwas für den Klimaschutz zu bewegen, müsste er aber schon bei mehr als 30 Euro liegen.

Die Folgen sind doppelt paradox. Die klimaschädliche Braunkohle erlebt nicht nur eine Renaissance, sie verdrängt auch flexible Gaskraftwerke. Dabei wären gerade die so wichtig, um in Windflauten und bei Nacht einzuspringen - wenn Wind- und Sonnenenergie schwächeln.

Auswege gäbe es. Schon fordern einige EU-Staaten, darunter auch Deutschland, eine grundlegende Reform des Emissionshandels - schlimmstenfalls droht ihm die absolute Bedeutungslosigkeit. "Der Schlüssel zu einem funktionierenden Klimaschutz in der EU", so schrieb jüngst Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) an die Abgeordneten der Koalition, "liegt sicherlich in einer wirksamen strukturellen Reform des Emissionshandels." Dumm nur, dass einige Staaten Mittel- und Osteuropas, allen voran das kohlereiche Polen, von dieser Reform gar nicht viel halten.

Kohleausstieg bis 2030

Stattdessen wächst der Druck, notfalls schärfere Regeln zu setzen - wie jüngst die amerikanische Umweltbehörde EPA. Sie will die Kraftwerke verpflichten, 30 Prozent weniger Kohlendioxid und 25 Prozent weniger Schadstoffe auszustoßen, notfalls durch Schließung von Kraftwerken. Dafür treten in Deutschland auch die Grünen ein - allerdings fordern sie einen kompletten Kohleausstieg bis 2030.

So oder so: Mit härteren Vorgaben im Klimaschutz bekäme die Braunkohle auf kurz oder lang Probleme, und erst recht mit einem weiteren Ökostrom-Ausbau. Am Strommarkt nämlich kommt die Braunkohle gegen Strom aus Wind und Sonne auf Dauer nicht an.

In der Gegend um Neurath blieben dann, mehr als 150 Jahre nach dem Brunnenbohren, nur lauter große Löcher.